

Avanti

2

Theoriebeilage

SOPO (1954-1966)

von

Willy Boepple

ISO Rhein-Neckar

# KRIEGSTREIBER UND KRIEGE STOPPEN



## INHALT

## TITEL

- 01 MILITARISMUS BEKÄMPFEN**  
Kriegstreiber stoppen

## EDITORIAL / INHALT / KURZ &amp; KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**  
Kurz & knapp?

## SEITE DREI

- 03 MILITARISMUS BEKÄMPFEN**  
Kriegstreiber stoppen

## ANTIMILITARISMUS

- 04 GEGEN DEN ATOMTOD**  
Welche Taten?

## ARBEITSWELT

- 05 BILANZ IGBCE-TARIFRUNDE**  
Fortgesetzte Streikvermeidung

- 06 BR-MOBING**

Braune Spuren im Arbeitsrecht?  
11. Konferenz gegen BR-Mobbing

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*

der Herbst steht vor der Tür. Nicht nur das Laub wird sich bald braun färben, sondern auch in bedrohlicher Weise die politische Landkarte der BRD.

Neben der Bekämpfung des anhaltenden Rechtsrucks ist der notwendige Widerstand gegen die zunehmende Militarisierung und Kriegstreiberei ein weiteres Schwerpunktthema der September-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup>.

Auch deswegen fordern wir auf unserer Titelseite „Kriegstreiber und Kriege stoppen“.

Die Theoriebeilage enthält Willy Boeples sehr lesenswerte Erinnerungen an die *Sozialistische Politik*, einer einzigartigen, vor 70 Jahren gegründeten linken Zeitung.

Wir hoffen auf Euer Interesse an der neuen *Avanti*<sup>2</sup>!

*Eure Redaktion*

*Titelbild: Redaktionell bearbeiteter Aufkleber in Mannheim, 8. April 2024.  
Foto: Avanti<sup>2</sup>.*

## INHALT

- 07 AUSBEUTUNG UND MIGRATION**  
Tatsachen gegen die AfD-Hetze?

## INTERNATIONAL

- 08 FRANKREICH**  
Perspektiven der linken Front NFP

## ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 09 ANTIFASCHISMUS HEUTE**  
Linke Front gegen Faschismus?

- 10 ANITFASCHISMUS DAMALS**  
Einheitsfront gegen Faschismus

- 11 BILDUNG IM AUGUST**  
Wie war unser Sommerseminar?

## RÜCKBLLENDE / TERMINE

- 12 MANNHEIM GEGEN RECHTS**  
Protest gegen AfD im Gemeinderat

- 12 TERMINE**

## THEORIEBEILAGE

- 01 SOZIALISTISCHE POLITIK**  
Warum an die SOPO erinnern?

## Lithium – der Stoff aus dem die Träume sind?

R. S.

**D**er globale Bedarf an Lithium (Li) steigt durch die Produktion von Elektroautos explosionsartig an: von 40.000 Tonnen 2015 auf 134.000 in 2022. Allein für die EU wird mit einem Bedarf von 290.000 Jahrestonnen kalkuliert.

Bisher wird Li vor allem aus Australien (48,4% in 2022) und Chile (26,2%) importiert. Der Li-Abbau verursacht vielerorts gigantische Umweltschäden.

Es gibt große Vorkommen in Serbien, das von Putin-Freund Vučić autoritär geführt wird. Vor zwei Jahren hatten dort heftige Proteste und Blockaden Abbaupläne gestoppt.

Im Juli 2024 reiste Kanzler Scholz mit Managern deutscher Autokonzerne nach Serbien. Er unterzeichnete ein Abkommen für den Import von 58.000 Jahrestonnen in die BRD ab 2028. Menschenrechte und Umweltschutz sind offenbar für die an diesem Deal beteiligten Herrschaften Alpträume.

Zum Glück sind die Massenproteste in Serbien gegen den Li-Abbau erneut aufgeflammt.  
(Quelle FR, 18.07.2024.)

## „Lithium und der Tod“

E. B.

**Z**ur Rechtfertigung des Überfalls auf die Ukraine behauptete der russische Offizier Owtschinski in dem Artikel „Lithium und der Tod“ von August 2022: Jetzt sei „die Zeit für amerikanische Kriege um das weiße Gold“ gekommen“. Jedoch habe Russland, „die direkte Beschlagnahme von Lithium-Vorkommen verhindert“.

Seit mehr als zwei Jahren versucht die russische „militärische Spezialoperation“, Kurachowe in der Ost-Ukraine zu erobern. Dort gibt es in der Lagerstätte Schewtschenko Lithium im Wert von Hunderten Milliarden Dollar.

Siegestrunken sendeten die russischen Besatzer in Donezk „Genehmigungsdokumente“ für die Li-Förderung in der Region an das zuständige Moskauer Ministerium.

Wenige Wochen vor Beginn der russischen Invasion hatte die ukrainische Regierung der australischen Firma European Lithium die Förderrechte für dieses Vorkommen erteilt.

2022 lebten noch 18.220 Menschen in Kurachowe, 2024 etwa 3.000.  
(Quelle: n-tv, 23.06.2024.)

# Antikriegstag 2024

## Kriegstreiber und Kriege stoppen

H. S.

**Der Antikriegstag am 1. September erfordert, laut die Stimme gegen den Militarismus zu erheben. Die aktuellen Kriege, nicht nur die in der Ukraine und in Palästina, sind schreckliche Beweise für die dem Kapitalismus eigene Kriegstreiberei.**

**K**riege gelten jetzt wieder als „alternativlose Problemlösungen“. Nicht Friedensfähigkeit, sondern *Kriegstüchtigkeit* ist das Credo der herrschenden Politik. Die logische Folge hieraus ist, dass auch wieder mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht wird. Nach Experten-Meinung ist die Welt heute einer atomaren Auseinandersetzung näher als zu Zeiten des Kalten Krieges.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist die Abrüstungspolitik international völlig ins Hintertreffen geraten. Stattdessen wird verstärkt nicht nur die konventionelle, sondern auch die nukleare Aufrüstung betrieben.

Laut dem Forschungsinstitut SIPRI und einer Studie der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) modernisieren alle neun atomar bewaffneten Staaten weiterhin ihre Nukleararsenale. Vom globalen Gesamtbestand von geschätzt 12.121 Atomsprengköpfen im Januar 2024 waren laut ICAN 3.844 einsatzbereit. Das reicht locker aus, um die Erde unbewohnbar zu machen.

Die jährliche Studie zu den Atomwaffenausgaben zeigt: Die USA gaben 2022 mit 43,7 Milliarden US-Dollar am meisten aus, mehr als alle anderen Atomwaffenstaaten zusammen. China gab mit 11,7 Mrd. US-Dollar ein Viertel der USA aus und Russland belegt den dritten Platz mit 9,6 Mrd.

Das sind wohlgerne nur die Kosten, die für die Beschaffung bzw. Vorhaltung ausschließlich von Atomwaffen ausgegeben wurden. Dazu kommen die Kosten für die konventionelle Bewaffnung, die ebenfalls seit Jahren nur eine Richtung kennen – nämlich nach oben.

Die von Kanzler Scholz am 27. Februar 2022 verkündete „Zeitenwende“ beinhaltet neben dem beschlossenen Sonderfonds zur *Kriegstüchtigkeit* von 100 Milliarden Euro auch die dauerhafte Übererfüllung der von den USA und der NATO schon lange geforderten Rüstungsausgaben in Höhe von 2 % des Bruttoinlandsproduktes. 2024 betragen der offizielle deutsche Militäretat, der Sonderfonds und die Ausgaben nach NATO-Kriterien rund 91 Mrd. Euro.

### Für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen

In einem Krieg gibt es nur zwei Optionen. Entweder er eskaliert oder er wird durch Verhandlungen eingefroren. Das gilt aktuell sowohl für den Gaza-Krieg als auch für den Krieg in der Ukraine.

Dass die Politiken Russlands und Israels mit dem Völkerrecht unvereinbar sind, und es dementsprechend wenig Chancen für erfolgreiche Verhandlungen gibt, ist ein berechtigter Einwand. Nur: Das stimmt für fast alle bewaffneten Konflikte. Das Einfrie-

ren von Kriegen sorgt immerhin dafür, die Vernichtung von Menschen und Umwelt zu begrenzen und eine weitere Eskalation zu verhindern.

Wenn es nicht gelingt, den Ukraine-Krieg zu stoppen, steigt die Gefahr einer gigantischen atomaren Verstrahlung durch die Zerstörung von Atomkraftwerken wie in Saporischschja weiter. Zudem droht dann immer mehr der Einsatz von Atomwaffen.

Ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen sowie der Stopp von Waffenlieferungen sind deshalb dringender denn je.

Zudem darf nicht mehr zugelassen werden, dass vor allem die AfD immer stärker als die eigentliche Friedenskraft wahrgenommen wird. Es gilt ihre faschistische Demagogie zu entlarven und ihr den öffentlichen Einfluss streitig zu machen.

Wir brauchen keine neuen US-Raketenstationierungen und erst recht keine neuen Atomwaffen oder atomwaffenfähige F-35 Bomber. Stattdessen fordern wir den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und den Ausstieg aus der „nuklearen Teilhabe“. Die Bundesregierung muss endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterschreiben.

Statt Milliarden für Kriege und für *Kriegstüchtigkeit* fordern wir Milliarden für den Ausbau der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge und für die Sicherung unserer Lebensgrundlagen!

Gegen das kriegerische *Mordsgeschäft* des Kapitalismus setzen wir auf den Kampf für eine solidarische und selbstbestimmte Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, ohne Unterdrückung und Konzernmacht. So können die Grundlagen für demokratische Verhältnisse ohne Kriege geschaffen werden. Aber es bedarf dazu nicht zuletzt des Aufbaus einer internationalen Antikriegsbewegung. ■



Ostermarsch in Mannheim, 30. März 2024.

Foto: Helmut Roos.



# Mannheim zeigt Flagge gegen Atomwaffen

O. T.

**Mit dem Hissen der Flagge des weltweiten Verbands „Mayors for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) und einer Kundgebung am Marktplatz wurde am Montag, den 8. Juli 2024, auch in Mannheim ein Zeichen für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen gesetzt.**

**A**uf der Kundgebung, die vom Friedensbündnis Mannheim und dem Förderverein Frieden Mannheim organisiert worden war, sprachen neben dem Mannheimer Oberbürgermeister Christian Specht (CDU) auch Vertreter:innen der organisierenden Initiativen sowie Renate Wanie für den Friedensratschlag Heidelberg. Außerdem wurde die Kundgebung durch musikalische Beiträge von „Lebenslaute“ kulturell umrahmt.

Die atomare Bedrohung wächst bedrohlich und muss reduziert werden, das war das Fazit aller Redner:innen – einschließlich des Oberbürgermeisters. Aber während dieser seine Kritik im Wesentlichen auf die atomare Bedrohung beschränkte, gingen die Beiträge der anderen Redner:innen darüber hinaus. Sie forderten auch ein Ende des neuen Wettrüstens und der aktuellen Kriege. ■

## US-Atombomben aus Deutschland abziehen!

O. T./M. G.

**Am 6. August 1945 warf die US-Luftwaffe die „Little Boy“ genannte Uran-Atombombe auf die japanische Stadt Hiroshima. Drei Tage später bombardierte sie Nagasaki mit „Fat Man“, einer Plutonium-Bombe. Fast 100.000 Menschen starben direkt durch die Bombardierungen, die ohne jegliche „militärische Notwendigkeit“ durchgeführt wurden.**

**W**eitere 140.000 Opfer starben durch diese verbrecherischen „Tests“ später aufgrund ihrer Verletzungen und an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung.

### Atombomben auf unsere Region?

Wenig bekannt ist, dass die US-Luftwaffe eigentlich den Abwurf ihrer neuen Atombomben in Deutschland geplant hatte.

Im Juli 1945 waren die Bomben mit Verspätung fertiggestellt worden. Die Menschen in Deutschland und vor allem in der Rhein-Neckar-Region hatten das große Glück, dass das faschistische Regime zwei Monate zuvor kapitulierte.

Hätte die Nazi-Führung drei Monate später kapituliert, wären die neuen Massenvernichtungswaffen auf Ludwigshafen und Mannheim aus zwei weiteren Gründen abgeworfen worden. Unmittelbar, um die Industrieanlagen der IG Farben (heute BASF) und der vielen Rüstungsbetriebe zu zerstören. Mittelbar, um als Präventivmaßnahme gegen ein zweites 1918 diese Hochburgen der alten Arbeiterbewegung endgültig zu zerschlagen.

### Radioaktive Strahlung weltweit

Der Uran-Bergbau, die Produktion von Atomwaffen und die vielen Testexplosionen forderten und fordern ungezählte Opfer.

Seit dem Beginn des Zeitalters der Atomwaffen im Juli 1945 wurden mehr als 2.000 Atomwaffentests durchgeführt. Über der Erde, unterirdisch und unter Wasser.

Die extrem negativen Folgen für Gesundheit und Umwelt sind dramatisch. Alle Menschen tragen durch den „Fallout“ von Atomwaffentests radioaktive Substanzen in ihren Körpern. Diese erhöhen das Krebsrisiko. Große Teile der Erde wurden radioaktiv kontaminiert.

Laut der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) sind allein die von 1945 bis 1980 durchgeführten oberirdischen Atomwaffentests verantwortlich für international etwa 2,4 Millionen Krebstote.

Die radioaktive Strahlung erhöht sich weltweit weiter. Auch heute richten die militärische und „zivile“ Atomindustrie schwerste Schäden an Menschen und Natur an. Bis jetzt ist es nicht gelungen, das atomare Wettrüsten zu stoppen.

### Atomwaffenverbot jetzt

International engagieren sich jedoch Menschen für die Abschaffung aller Atomwaffen. Die Antikriegs- und die Friedensbewegung gehen Hand in Hand mit der Naturschutz- und Klimabewegung.

ICAN erhielt den Friedensnobelpreis wegen ihres Engagements für einen globalen Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Dieser Vertrag trat am 22. Januar 2021 in Kraft. Bis zum 19. September 2023 hatten 93 Staaten diesen Vertrag unterzeichnet und 70 Staaten ratifiziert.

Deutschland gehört bezeichnenderweise bisher nicht zu den Unterzeichnern des AVV-Vertrages, obwohl mehr als 140 Städte, Gemeinde und Regionen den ICAN-Städteappell unterzeichnet haben, darunter auch die Stadt Mannheim.

Über 90 % der Bevölkerung lehnen die Stationierung der US-Atombomben auf dem Bundeswehr-Flugplatz Büchel ab. Das interessiert die Strategen der *Kriegstüchtigkeit* nicht. Für sie steht die Atombewaffnung wieder hoch im Kurs.

Wir hingegen meinen, dass diese lebensbedrohende Politik mit allen erforderlichen Mitteln eines demokratischen Widerstands gestoppt werden muss. ■

# Chemie-Tarifrunde 2024

## „Partnerschaftlich“ in die Ohnmacht?

U. D.

**Am 27. Juni 2024 verständigten sich die Industriegewerkschaft IGBCE und der Bundesarbeitsgeberverband Chemie BAVC auf ein Tarifergebnis. Damit endete die Chemie-Tarifrunde 2024 für die rund 585.000 Beschäftigten der Chemie- und Pharmaindustrie.**

**W**ie branchenüblich und IGBCE-typisch gab es keine Warnstreiks, sondern Demonstrationen und Kundgebungen. An den über 200 Tarif-Aktionen beteiligten sich gerade mal 50.000 Kolleg:innen; beim traditionell gut organisierten BASF-Stammwerk in Ludwigshafen waren es immerhin 5.000.

### Tarifergebnis 2024

Die IGBCE forderte 7% höhere Löhne, die „Modernisierung“ des Entgelttarifvertrages und eine Bonus-Regelung für Gewerkschaftsmitglieder. In allen Punkten wurden Ergebnisse erzielt:

- Die Tarif-Laufzeit beträgt 20 Monate. Nach zwei Leermonaten werden die Entgelte zum 1. September 2024 um 2 % und in einer zweiten Stufe am 1. April 2024 um 4,85 % erhöht.
- Der Bundesentgelttarif wird in einzelnen Punkten verändert (z. B. bessere Vertretungsregelung).
- Tarifbeschäftigte IGBCE-Mitglieder erhalten als Gewerkschafts-Bonus unter bestimmten Voraussetzungen einen zusätzlichen freien Tag.
- Die von der IGBCE gekündigte Schlichtungsregelung wurde wieder in Kraft gesetzt.
- Im Rahmen einer „gemeinsamen“ Tarifstrategie 2030 sollen die Tarifverträge „modernisiert“ werden.

### Teurer Abschluss für Beschäftigte

Die BILD-Zeitung nannte den Mitgliederbonus eine Tarifrevolution. Aber Revolutionen finden nur nach harten Kämpfen statt. Warum also haben die Chemie-Bosse diesem Tarifabschluss ohne Arbeitskampf zugestimmt? Weil er ihnen nutzt, und weil er den Chemie-Beschäftigten mehrfach teuer zu stehen kommt:

1. Der Tarifabschluss 2022 brachte einen massiven Reallohnverlust. Der Abschluss 2024 gleicht diesen nicht aus. Nach IGBCE-Berechnungen werden die Chemie-Reallöhne Ende 2025 trotz Tarifierhöhungen noch unter denen des Jahres 2015 (!) liegen.

2. Die IGBCE stellt die „Transformation“ nicht grundsätzlich in Frage, sondern will sie tarifpolitisch „begleiten“. So können die Unternehmen Restrukturierungen, Digitalisierung, Arbeitsplatzvernichtung und sonstige Angriffe ohne nennenswerten gewerkschaftlichen Widerstand fortsetzen.

3. Die Schlichtungsregelung wurde mit dem Bonus-Tag gekoppelt. Wird sie gekündigt, entfällt automatisch der Bonus-Tag. Damit hat die IGBCE bezüglich der Schlichtungsregelung eine zusätzliche Kündigungs-Hürde akzeptiert und sich selbst ohne Not engere Schlichtungsfesseln angelegt. Für die Unternehmen bedeutet dies Tarifruehe und quasi Streikfreiheit. Denn die Schlichtungsregelung lässt Streiks erst nach Abschluss eines strikt regulierten und verzögernden Verfahrens zu.

4. Jede weitere kampfflose und „partnerschaftliche“ Tarifrunde vertieft die „Sozialpartnerschaft“ der IGBCE und schwächt ihre

geringe Kampffähigkeit weiter. Für die Chemie-Bosse ist das ein Geschenk. Denn so wird bei den Beschäftigten kein Klassenbewusstsein, kein gewerkschaftliches Selbstvertrauen und keine Kampfkraft entwickelt.

### Gegenmacht statt „Sozialpartnerschaft“

In der IGBCE fand die letzte große Auseinandersetzung um ihre politische Ausrichtung in ihrer Vorläuferorganisation IG Chemie Papier Keramik statt. Sie endete auf dem Mannheimer Gewerkschaftstag 1980 mit der Ausschaltung des linksorientierten Flügels um Hermann Plumeyer. Damals gelang es Hermann Rappe, „sozialpartnerschaftliche“ Positionen durchzusetzen, die bis heute den hauptamtlichen Apparat, die Funktionär:innen sowie die Politik und die Analysen der IGBCE bestimmen.

Die „Sozialpartnerschaft“ ist ein politisches Gift. Sie vernebelt den Interessensgegensatz von Kapital und Arbeit. Sie zerstört Klassenbewusstsein und Solidarität. Sie fördert egoistisches und nationalistisches Standortdenken und macht die arbeitende Klasse empfänglicher für rechte Parolen.

Umso wichtiger ist es, in den Betrieben und Gewerkschaften für eine andere, eine klassenkämpferische Politik einzutreten. Dies kann auf mehreren Ebenen geschehen:

- Eine aktive und kämpferische Politik im Betrieb verankern. Nur so entsteht auch die Kraft, um erfolgreich in die Gewerkschaft hineinwirken zu können.
- Die betriebs- und branchenübergreifende Vernetzung von kämpferischen Kolleg:innen konsequent angehen.
- Aktive Betriebsräte, die von „ihren“ Unternehmen angegriffen und gemobbt werden, solidarisch unterstützen.
- In den Gewerkschaften für uneingeschränkte Demokratie und für den Aufbau einer wirksamen Gegenmacht zum Kapital eintreten. ■



IGBCE-Aktive in Mannheim, 1. Mai 2023.

Foto: Avanti?



# Auch für die Arbeitswelt gilt: „Nie wieder ist jetzt!“

H. N.

Für die Arbeitswelt hat die Parole „Nie wieder ist jetzt!“ eine ganz besondere Bedeutung. Zur Erklärung, warum das so ist, müssen wir einen Blick zurückwerfen.

**1** 933 konnten die Faschisten die stärkste und am besten organisierte (teilweise sogar bewaffnete *Arbeiterbewegung*) der damaligen Welt brutal zerschlagen.

Das konnte deshalb geschehen, weil sich die Führungen von KPD und SPD in ihrer politischen Blindheit geweigert hatten, eine Einheitsfront gegen die tödliche braune Gefahr zu bilden.

Die Gewerkschaftsspitzen ihrerseits duckten sich nicht nur weg. Sie biederten sich den neuen Machthabern bis zum 1. Mai 1933 in der irrsinnigen Hoffnung an, vom Nazi-Terror verschont zu bleiben.

## Bekämpfung von Aktiven heute

Und heute? Heute werden Betriebsräte und gewerkschaftliche Organisierung bekämpft. Vom Kleinbetrieb des Autohändlers Kohlhoff in Mannheim bis zur Grünheider Tesla-„Gigafactory“ des ultrarechten Milliardärs Musk wird das, was die AfD anstrebt, bereits umgesetzt.

Die besondere Spitze des Eisbergs stellt in diesem Zusammenhang die Zerschlagung des in der IG Metall organisierten Betriebsrats bei ProMinent Heidelberg dar. Miteigentümer des Unternehmens ist Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und damit oberster „Sozialpartner“.

Dort wie anderswo fand und findet brutales Betriebsrat-Mobbing statt. Mit Verdachtskündigungen können völlig legal die Existenzen von BR-Mitgliedern vernichtet werden. Unter dem Vorwand eines angeblichen Fehlverhaltens ist es damit möglich, Betriebsräte aus dem Betrieb zu werfen.

Die Opfer müssen dann vor dem Arbeitsgericht ihre „Unschuld“ beweisen. Das ist eine zynische Umkehr der ansonsten im Rechtswesen geltenden Unschuldsvermutung und Ergebnis des skandalösen Fortwirkens des faschistischen Arbeitsunrechts bis heute.

## Bekämpfung von Aktiven ab 1933

Nach 1933 nahmen die faschistischen Herrscher eine radikale Änderung des Arbeitsrechts vor. Ihr Ziel war die totale Atomisierung der Arbeiterklasse „durch Bildung einer alles umfassenden Volksgemeinschaft“.

Ab dem 4. April 1933 konnten Betriebsratswahlen ausgesetzt und die Entlassungen „staats- und wirtschaftsfeindlicher“ BR-Mitglieder angeordnet werden.

Am 20. Januar 1934 wurde das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (AOG) von der Nazi-Führung erlassen. Die Juristen Hans Carl Nipperdey und Alfred Hueck waren sowohl Verfasser als auch Hauptkommentatoren dieses Machwerks.

Die im AOG festgeschriebene Verpflichtung der „Betriebsgefolgschaft“ zur „Treue“ dem „Betriebsführer“ gegenüber hatte Folgen. Angebliche Verstöße gegen diese Treuepflicht konnten seitdem „legal“ mit Verdachtskündigungen geahndet werden.

## Nazi-„Arbeitsrechtler“ in der BRD

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) transformierte unter maßgeblicher Beteiligung seines 1. Präsidenten Nipperdey und von Kon-sorten aus der Nazi-Zeit wesentliche Elemente des faschistischen Arbeitsunrechts „demokratisch“ und führte sie fort: insbesondere die massive Einschränkung des Streikrechts, aber auch die „Treuepflicht“, das Verbot politischer Betätigung im Betrieb, die „Betriebsgemeinschaft“, die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“, die „Friedenspflicht“ und nicht zuletzt die „Verdachtskündigungen“.

Das BAG hält bis heute nicht nur an dieser faschistischen „Tradition“ fest. Es hat sogar seine Rechtsprechung durch die Möglichkeit einer grundlosen fristlosen Verdachtskündigung verschärft.

Im Frühjahr 2024 wurde die Präsidentin des BAG, Inken Gallner, in einem Interview gefragt, wie sich der Einfluss von

Nazi-Juristen auf die Arbeitsgerichtsbarkeit „bemerken“ gemacht habe. Ihre Antwort: „Das kann ich noch nicht beantworten.“ Diese Aussage lässt in tiefe Abgründe blicken und dort eine große Leere erkennen.

## Widerstand als Pflicht

Die Zeiten werden noch rauer wegen der anhaltenden Offensive des Kapitals und des damit einhergehenden politischen Rechtsrucks.

Es ist auch deshalb höchste Zeit, das skandalöse Fortwirken des faschistischen Arbeitsunrechts in Deutschland zu beenden.

DGB und Einzelgewerkschaften müssen endlich den Kampf für das gesetzliche Verbot der Verdachtskündigung aufnehmen und ihrer eigenen Beschlusslage gerecht werden.

„Nie wieder ist jetzt!“ gilt in diesem Sinne insbesondere für die Arbeitswelt. Denn gerade dort, wo faschistisches Unrecht nach wie vor „Recht“ ist, wird Widerstand zur Pflicht! ■

### Betriebsräte im Visier

### Bossing, Mobbing & Co.

### Nie wieder ist jetzt!

### Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,  
Lars Treusch (DGB Baden-Württemberg)  
Thomas Hahl (1. Bevollmächtigter IGM Mannheim)  
Jannes Bojert (Leiter Tesla-Team der IGM)  
Wolfgang Thurner (IG Metall Vorstand)  
und vielen anderen

### Samstag, 12. Oktober 2024

13:00 – 19:00 Uhr  
Gewerkschaftshaus Mannheim  
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

[www.gegen-br-mobbing.de](http://www.gegen-br-mobbing.de)

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim  
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim und der  
Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand  
sowie von DGB Baden-Württemberg, IG BCE OG Weinheim, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Baden, Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und work-watch Köln

# Solidarität statt „Remigration“

## Der faschistischen Hetze entgegentreten

H. N.

**Mehr als ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen hat einen „Migrationshintergrund“. Sie sind entweder selbst in die BRD eingewandert oder direkte Nachfahren von Eingewanderten. Die faschistische und rassistische Hetze gegen diese Bevölkerungsgruppe ist ein menschenverachtendes Lügenkonstrukt. Es lenkt von der Hauptursache der heutigen Probleme – dem System der Profitmaximierung – ab.**

**D**eutschland ist nicht zuletzt deshalb ein Einwanderungsland, weil die exportorientierte BRD-Wirtschaft dies gefordert hatte. „Wir riefen Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“, so formulierte es bereits 1965 der Schriftsteller Max Frisch. Derzeit sind mehr als zwölf Millionen Menschen mit „Migrationshintergrund“ hierzulande in der Arbeitswelt tätig.

Erwerbsarbeit ist in der kapitalistischen Klassengesellschaft entscheidend, um die eigene Existenz finanziell absichern zu können. Die Arbeitswelt ist aber auch deshalb ein wichtiger Bereich, weil sie Kooperation fördert, soziale Kontakte schafft, gesellschaftliche Aktivität erleichtert und Möglichkeiten für die Entwicklung von Solidarität bietet.

Allerdings ist die Realität aufgrund der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte oft eine andere. Mit der Billigung und Unterstützung von betrieblichen Aufspaltungs- und Verlagerungsstrategien hat sie die Entsolidarisierung der arbeitenden Klasse bis hin zu einer teilweisen Atomisierung spürbar vorangetrieben.

Ungeschützte („prekäre“) Beschäftigungsverhältnisse, Arbeiten im Billiglohnsektor und eine bewusst propagierte gesellschaftliche Geringschätzung von geleisteten Tätigkeiten fördern in der Regel nicht nur Ausgrenzung, sondern verstärken auch Abhängigkeiten und fördern Diskriminierung. Schlechte Arbeitsbedingungen gehen meist mit unsicheren Lebensperspektiven einher. Sie erschweren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und behindern soziale Anerkennung.

Gute und möglichst gleiche Arbeits- und Entlohnungsbedingungen für alle Beschäftigten sind ein elementares Ziel, um der Spaltung der arbeitenden Klasse entgegenwirken zu können.

Für Menschen mit Einwanderungsgeschichte hat dies eine besondere Bedeutung. Auf Basis der Daten des DGB-Index Gute Arbeit wurde jetzt insbesondere „die Verbreitung von ‚Einfacharbeit‘, von befristeter Beschäftigung sowie von Leiharbeit, von atypischen Arbeitszeitlagen und prekären Einkommensverhältnissen analysiert“.\*

Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchung ist, dass der Vergleich „prekärer und atypischer Beschäftigungsmerkmale“ bei Beschäftigten verdeutlicht, dass „Einfacharbeit“, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, belastende Arbeitszeiten und unzureichende Einkommen in der Gruppe mit Migrationshintergrund häufiger auftreten als bei Beschäftigten ohne Migrationshintergrund“.

### Einheit statt Spaltung

In Zahlen bedeutet diese Spaltung:

- Ein Drittel der eingewanderten Erwerbstätigen arbeitet als An-



Demo gegen AfD in Mannheim, 7. Juni 2024.

Foto: Helmut Roos.

- gelernte und Hilfsarbeiter:innen. Bei Kolleg:innen ohne Migrationshintergrund sind es 18 Prozent.
- Arbeitende mit Migrationshintergrund sorgen sich häufiger um ihre berufliche Zukunft als Kolleg:innen ohne Migrationshintergrund.
- Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind für 17 Prozent der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund bittere Realität. Das ist dreimal so viel wie bei Kolleg:innen ohne Migrationshintergrund.
- Auch Leiharbeit und Schichtarbeit sind bei eingewanderten Beschäftigten weiter verbreitet als in der Vergleichsgruppe.
- Für mehr als 40 Prozent der migrantischen Arbeiter:innen ist ihr Einkommen kaum oder gar nicht existenzsichernd.
- Keine oder nur geringfügige betriebliche Weiterbildungsmöglichkeiten beklagt knapp die Hälfte der Beschäftigten mit Migrationshintergrund.
- Am stärksten betroffen von atypischen und prekären Beschäftigungsmerkmalen sind eigenständig Zugewanderte vor allem aus Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums.

Gewerkschaften, linke Organisationen und soziale Bewegungen müssen – nicht nur wegen des anhaltenden Rechtsrucks – dieser unakzeptablen Spaltung konsequent entgegentreten. Klassen-solidarität und -einheit sind das beste Mittel gegen die wachsende faschistische Gefahr. In der Arbeitswelt heißt das: Geschützte Arbeitsverhältnisse mit Tarifbindung und Interessenvertretung (Betriebsrat und Gewerkschaft) für alle!

\*[Quelle: DGB-Index Gute Arbeit, Kompakt 02/2024.] ■



# Frankreich

## Keine Pause für den Widerstand!

M. G.

**Frankreichs Staatspräsident Macron und seine Schattenregierung machen keine Pause. Und der Rassemblement National wartet geduldig auf seine Stunde, trotz der Klatsche in der Nationalversammlung. Dort hat die faschistische Partei es nicht geschafft, einen einzigen wichtigen Posten zu besetzen.**

Die mittlerweile einvernehmlich von der Neuen Populären Front (NFP) als Kandidatin für das Amt der Premierministerin vorgeschlagene Lucie Castets wurde von Macron praktisch ignoriert. Er reagierte stattdessen mit einem Aufruf zum „politischen Frieden“ während der Olympiade. Nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen war das eine verächtliche Missachtung der Wählerinnen und Wähler, die er selbst an die Urnen gerufen hatte.

Wann Macron nun eine Premierministerin ernannt, ist weiter unklar. Doch die Zeit drängt, weil der Haushaltsentwurf für das Jahr 2025 den parlamentarischen Instanzen vorgelegt werden muss.

### Weitere soziale Angriffe

Obwohl die Regierung Attal nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen nur noch pro forma amtiert, wurden im Eiltempo mehrere Durchführungsdekrete für reaktionäre Gesetze veröffentlicht: Einwanderungsgesetz, Ende der Sonntagsruhe in den Weinbergen und antiökologische Maßnahmen. Zudem setzen die Machthaber ihre antisoziale Politik fort mit Maßnahmen wie den neoliberalen „Bildungsrefor-

men“, dem weiteren Sozialabbau oder der Unterdrückung der Unabhängigkeitsaktivisten in Kanaky.

Auch das Kapital verliert keine Zeit. Um seine Gewinne zu sichern, plant beispielsweise Valeo die Schließung von drei Standorten in Frankreich und den Abbau von mehr als 1.000 Arbeitsplätzen. In Nantes werden 250 Arbeitsplätze bei Saunier-Duval abgebaut; der französische Bauverband kündigt den Abbau von 150.000 Arbeitsplätzen bis 2025 an. Auch die Haushaltskürzungen werden sich in Stellenstreichungen niederschlagen, in nicht besetzten Lehrstellen, in weniger Beamten bei der Arbeitsaufsicht und in weiteren Verschlechterungen im Gesundheitswesen.

### Ansätze zur Gegenwehr

Die CGT-Gewerkschaft der Eisenbahner:innen hatte zu landesweiten Kundgebungen am 18. Juli 2024 aufgerufen. Sie wurden zwar von verschiedenen Kräften der Linken sowie von den Komitees für die Umsetzung des Programms der NFP unterstützt, aber sie waren zu schwach besucht, um Druck zu machen.

Hingegen waren die Mobilisierungen ge-

gen die naturzerstörenden „Mega-Bassins“ – die riesigen Wasserreservoirs für die Agrarindustrie – erfolgreicher. Tausende Menschen auch aus anderen Ländern versammelten sich um den 20. Juli 2024 in Poitou. Sie diskutierten und protestierten nicht nur gemeinsam, sondern feierten auch ihren Widerstand gegen diese unsinnigen Projekte. Den Demonstrierenden gelang es zudem, die von der Staatsmacht gesuchte gewalttätige Konfrontation weitgehend zu vermeiden.

Solche Kämpfe zeigen mögliche Wege auf, um wieder in die Offensive zu kommen. Sie verbinden die Idee eines menschenwürdigen Lebens mit guter Arbeit, guter Ernährung und Respekt vor dem Planeten. Sie stellen die gemeinsame Solidarität und die kollektive Organisation in den Vordergrund.

### Verstärkung des Widerstands

Auch andere Proteste, wie die gegen die Olympischen Spiele, die Gegenwehr gegen Entlassungen und Standortschließungen oder die Solidaritätsdemonstrationen mit der palästinensischen und der kanakischen Bevölkerung, müssen nach Auffassung unserer Genoss:innen der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) Sammelpunkte des Widerstands sein. Denn die Herrschenden werden auch in Frankreich nicht lockerlassen.

Die NPA schlägt deshalb vor, nach dem Ende der Sommerpause die Sofortmaßnahmen des Programms der NFP durchzusetzen – höhere Löhne, Rücknahme der „Rentenreform“, ein Ende der rassistischen und sexistischen Diskriminierung und des Kolonialismus, die Umverteilung des Reichtums und die Bewahrung des Planeten.

Der Weg zur Durchsetzung der sozialen und ökologischen Interessen der arbeitenden Klasse und der Unterdrückten kann nur durch massenhafte Mobilisierungen auf der Straße und in der Arbeitswelt ebnen werden. ■



„Die Liebe wird triumphieren“ – Paris, 7. Juli 2024.

Foto: Photothèque Rouge/Martin Noda/Hans Lucas.



# ISO-Infoabend Juli 2024

## Frankreich nach den Wahlen

R. G.

**Am 7. Juli 2024 endeten in Frankreich die vorgezogenen Parlamentswahlen. Für viele überraschend gewann nicht der faschistische *Rassemblement National* (RN), sondern das linke Bündnis *Nouveau Front Populaire* (NFP). Darüber diskutierten wir bei unserem Infoabend im Juli 2024.**

Unser Referent begann mit dem Aufschwung autoritärer oder faschistischer Parteien in Europa, der sich auch bei den Europawahlen am 9. Juni 2024 fortgesetzt hat. So lag in Frankreich der RN in nahezu allen Wahlkreisen vorn.

### Macrons Wahl-Poker

Den Erfolg des RN nahm Frankreichs Präsident Macron zum Anlass, die Nationalversammlung aufzulösen und für den 30. Juni 2024 und 7. Juli 2024 Neuwahlen anzusetzen. Damit nahm er das Risiko eines Wahlsiegs der RN in Kauf.

Tatsächlich lag beim ersten Wahlgang der RN deutlich vorn. Aber mit einer aktiven Wahlkampagne der Linken und mit Absprachen der sogenannten *republikanischen Front*, konnte im zweiten Wahlgang eine RN-Mehrheit verhindert werden. Unerwartet gewann die NFP die meisten Sitze und Macrons Wahlbündnis Ensemble wurde noch vor dem RN, trotz massiver Stimmenverluste, zur zweitstärksten Parlamentsfraktion.

### Die Nouveau Front Populaire

Die NFP wurde am 13. Juni von La France Insoumise, der Parti Socialiste, den Les Écologistes und der Parti Communiste gegründet. Rund 100 weitere Organisationen sind beteiligt. Darunter die antifaschistische Gruppe Jeune Garde und die französische Schwesterpartei der ISO, die Neue Antikapitalistische Partei (NPA). Unterstützt wird die NFP auch von einzelnen Gewerkschaften wie der CGT.

Das Bündnis verständigte sich auf ein Programm, den Legislativvertrag, der über 150 Punkte enthält. Darunter Sofortmaßnahmen wie die Erhöhung des Mindestlohns, die Senkung des Rentenalters, einen Preisstopp für lebensnotwendige Produkte und Energie sowie Investitionen in den sozialen Wohnungsbau. Mit diesem Programm strebt die NFP einen politischen Bruch mit der neoliberalen und autoritären Politik Macrons an.

Außenpolitisch fordert die NFP einen Waffenstillstand im Gaza-Krieg und die Einstellung von Waffenlieferungen an Israel. Sie verurteilt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und verteidigt die Souveränität des Ukrainischen Volkes. Sie ist für weitere Waffenlieferungen an die Ukraine, fordert den Erlass der ukrainischen Auslandsschulden sowie die Beschlagnahme des Vermögens russischer Oligarchen.

### Zwiespältiger Wahlausgang

Die Verhinderung einer Parlaments-Mehrheit des RN ist ein großartiger Erfolg. Er hat eine Regierung des faschistischen RN derzeit unmöglich gemacht.

Aber der Wahlerfolg der NFP darf nicht über die wirklichen

politischen Kräfteverhältnisse hinwegtäuschen: Die NFP hat keine absolute Mehrheit, um ihr Programm uneingeschränkt umsetzen zu können. Der RN hat die meisten Stimmen erhalten. Macron vertritt weiterhin eine autoritäre und neoliberale Politik. Er will mit allen Mitteln und Tricks einen politischen Kurswechsel verhindern.

Nicht zuletzt spricht sich ein Teil der französischen Kapitalisten offen gegen die NFP und für den RN aus.

### Wie weiter?

Unsere Genoss:innen der NPA treten dafür ein, dass die vereinigte Linke nicht nur für das NFP-Programm, sondern darüber hinaus auch für einen Bruch mit dem Kapitalismus eintreten muss. Dies kann nur mit außerparlamentarischen Mobilisierungen, dem Aufbau von Einheitskomitees und der Aktionseinheit der gesamten Linken gelingen. Dies ist die Voraussetzung, dass viele Menschen den Schwung des Wahlerfolgs der NFP aufgreifen, aktiv bleiben, sich organisieren und eine wirkliche Veränderung durchsetzen.

Nach einem zurückhaltenden Start wurde im Laufe der Diskussion deutlich, wie groß die politische Bedeutung der französischen Entwicklung für Europa und für Deutschland ist.

Auch in Deutschland könnte der Aufbau einer gemeinsamen Front den neoliberalen Raubzug der letzten Jahrzehnte umkehren und die Reichen für die kapitalistische Krise zahlen lassen. Sie wäre ein äußerst wichtiger Schritt, um den Rechtsruck zu stoppen.

Wieder einmal gilt: Französisch lernen! ■



NFP-Kundgebung in Paris, 30. Juni 2024.

# „Was heißt Einheitsfront gegen Faschismus heute?“

## ISO-Onlineveranstaltung mit Helmut Dahmer

R. G.

**Der Aufschwung faschistischer Parteien setzt den antifaschistischen Kampf wieder ganz oben auf die Tagesordnung. Doch wie kann dieser erfolgreich sein, und welche Rolle spielt dabei die Einheitsfront? Um dies zu diskutieren organisierte die ISO am 12.07.2024 eine Onlineveranstaltung mit dem Titel „Was heißt Einheitsfront gegen Faschismus heute?“**

**R**eferent war der bekannte Sozialwissenschaftler Helmut Dahmer (Wien), ein ausgewiesener Kenner der Geschichte der *Arbeiterbewegung*. In seinem fundierten Vortrag ging er auf die Entstehung und die Entwicklung der Einheitsfronttaktik in den 1920er Jahren ein. Nicht zuletzt machte er deutlich, dass die Einheitsfront vor 1933 die einzige realistische Chance war, um Hitler und den Faschismus zu verhindern.

### Der sozialdemokratische Verrat

Der Beginn des I. Weltkrieges stellte für die internationale Sozialdemokratie eine Zäsur dar. Sie warf den Internationalismus über Bord und unterstützte „ihre“ kriegsführenden Regierungen. Für den revolutionären Flügel der II. Internationale war die Sozialdemokratie damit ins bürgerliche Lager übergelaufen. Aus diesem Grund gründete er im Mai 1919 eine neue, die III. Internationale.

Die ersten Jahre der III. Internationale

waren geprägt von der Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie und der Ablehnung des sozial verkleideten Nationalismus. Die neuen kommunistischen Parteien versuchten, die traditionelle Bindung der arbeitenden Klasse zum sozialdemokratischen Reformismus aufzubrechen und die Mehrheit für sich zu gewinnen. Deshalb entwickelten Lenin und andere die Einheitsfronttaktik. Ihr zufolge sollten die Kommunistischen Parteien Reformisten gemeinsame Aktionen zur konsequenten Durchsetzung der Interessen der arbeitenden Klasse vorschlagen, dabei aber gleichzeitig ihre politische und organisatorische Eigenständigkeit wahren.

### Die faschistische Tragödie

Im Verlaufe der 1920er Jahre setzte sich in der Sowjetunion und in der III. Internationale der Stalinismus durch. Eine der Folgen war Ende der 1920er Jahre die Aufgabe der Einheitsfronttaktik. In Deutschland zeigte sich dieser Kurs in Form einer unversöhnlichen Gegnerschaft der stalinistischen Kommunistischen Partei (KPD) zur Sozialdemokratie (SPD).

Angesichts der faschistischen Bedrohung forderte Trotzki unermüdlich, aber vergeblich, die Bildung einer Einheitsfront von KPD und SPD. Doch die Führung der KPD folgte Stalins Linie und lehnte eine Einheitsfront mit der SPD strikt ab. Die SPD wiederum glaubte an die Widerstandskraft der Institutionen der Weimarer Republik und lehnte eine Zusammenarbeit mit der KPD ab. Am Ende konnte so der Faschismus in Deutschland – von wenigen Ausnahmen abgesehen – ohne nennenswerten Massenwiderstand siegen.

### Die aktuelle Bedeutung

Am Ende seiner Ausführungen ging Dahmer kurz auf die aktuelle Entwicklung in Frankreich ein. Mit dem Wahlsieg der

*Nouveau Front Populaire* (NFP) und der Niederlage der Faschisten stellt sich die Frage einer Einheitsfront erneut und sehr konkret. Dabei müssen auch die politischen Gefahren gesehen werden. Denn diesmal muss – im Unterschied zur Volksfront in Frankreich 1936 – verhindert werden, dass die NFP antikapitalistische und antifaschistische Mobilisierungen abwürgt. Vielmehr muss sie Ausgangspunkt weiterer Mobilisierungen sein.

### Intensive Diskussion

In zahlreichen Beiträgen wurde auf den Vortrag eingegangen. Hier kann nur eine kleine Auswahl wiedergegeben werden.

Die französische Volksfront diente zwar der Kanalisierung des Elans der kampfwilligen Massen. Aber sie war nicht nur Verrat, sondern auch das Ergebnis einer starken Massenbewegung, die sich nach der Einheit sehnte.

Kritisch angemerkt wurde, dass die heutigen politischen Voraussetzungen nicht mehr dieselben wie 1933 sind. Die Adressaten der Einheitsfront waren damals starke Arbeiterparteien mit klassenbewusstem Massenanhang. Heute gibt es solche Parteien nicht mehr. Darum kann die Einheitsfronttaktik nicht einfach auf heute übertragen werden.

Der faschistische Einfluss auch in der arbeitenden Klasse wächst stetig. Darum muss jetzt gehandelt werden.

Auch wenn viele Fragen offenbleiben mussten, war dieser Abend ein gelungener und lehrreicher Einstieg zum Thema Einheitsfront. Die Diskussion über die Einheitsfront sollte unbedingt weitergeführt werden. Vor allem aber ist der antifaschistische Kampf zu intensivieren.

Es bleibt zu hoffen, dass Helmut Dahmers Vortrag in Form eines Artikels bald auch denen zur Verfügung steht, die bei dieser Veranstaltung nicht dabei sein konnten. ■



Kundgebung gegen Rechts in Mannheim, 27.01.2024.



# „Solidarität statt Krisen, Kriege und Rechtsruck!“

## Gemeinsam lernen und feiern beim Sommerseminar und Sommerfest der ISO Rhein-Neckar

N. B.

**Trotz Sommerhitze und Urlaubszeit war unser Seminar am 17. August 2024 in Mannheim gut besucht.**

**D**ie Anwesenden beschäftigten sich mit den vielfachen, zusehends dramatischen Krisen. Wir erarbeiteten gemeinsam Ideen, wie wir mit diesen Krisen umgehen können und wollen. Zum anschließenden Sommerfest vergrößerte sich die Runde noch mehr, und wir konnten neben weitergeführten Debatten auch gutes Essen und die gemeinsame Zeit genießen.

### Ausgehen von dem, was ist

Das Seminar orientierte sich an dem Manifest-Entwurf unserer weltweiten Organisation, der IV. Internationale. Dieser Entwurf wird in Vorbereitung auf den 17. Weltkongress 2025 innerhalb und im Umfeld der Vierten diskutiert.

Im ersten Teil des Seminars gab uns ein Genosse einen Überblick über die Krisen, die aktuell unsere Gesellschaft und unsere Umwelt bedrohen: Kriege, Hunger und Flucht, Kolonialismus und Rassismus, Unterdrückung von Frauen und LGBTIQ+, Armut, Gesundheitskrise, soziale Krise, Vereinzelung und Entsolidarisierung, Autoritarismus sowie Faschismus. Und das alles mitten in der Klimakatastrophe, welche die menschliche Existenz bedroht.

Als Ursache dieser Krisen stellte unser Referent die Grunddynamiken des Kapitalismus heraus: Ausbeutung und Unterdrückung zur immer weiteren Profitsteigerung der großen Konzerne und Kapitalisten, die damit Mensch und Natur zerstören. In der Diskussion kam die Frage auf, wie wir der Konzentration von Reichtum und Macht bei einem verschwindend geringen Teil der Menschheit begegnen können. Die meisten Teilnehmenden waren sich einig: ein grundlegender – revolutionärer – Umbruch ist nötig. Nur wie kommen wir dahin?

### Unsere Alternativen

Im zweiten Teil stellte unsere Referentin das Konzept des Übergangsprogramms vor. Anknüpfend an die aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen und an das Bewusstsein der arbeitenden Klasse wird ein System von Übergangsforderungen entwickelt, die in ihrem Kern in Widerspruch zur Logik des kapitalistischen Systems stehen und die Machtfrage stellen.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die gleitende Lohnskala, durch die die Lohnerhöhungen automatisch an die Teuerungsraten angepasst werden. Ist dies jedoch wirklich eine revolutionäre Forderung oder nicht doch eher eine reformistische? Wenn der Kampf um eine Übergangsforderung die Massen umfassend mobilisiert und als Gegenmacht organisiert, kann er in Verbindung mit der Strategie des Übergangsprogramms auch eine Brücke schlagen zur revolutionären Entwicklung in Richtung Sozialismus.

In Gruppen setzten sich die Teilnehmenden nach dem Referat intensiv mit einigen gesellschaftlichen Bereichen auseinander, in denen der Manifest-Entwurf Ansatzpunkte für Veränderun-

gen und Mobilisierung sucht.

Angeregt wurde diskutiert: Welche Gemeingüter müssen für alle Menschen zugänglich sein? Welche Wirtschaftszweige können reduziert oder gar abgeschafft werden? Wie können ökologische Notwendigkeiten zu massentauglichen Forderungen werden, auch wenn sie (scheinbar) Verzicht für große Bevölkerungsteile im globalen Norden bedeuten? Statt der notwendigen Reduktion des Individualverkehrs mit PKW kann beispielsweise der Ausbau des Öffentlichen Verkehrssystems in den Fokus rücken. Deutlich wurde jedoch, dass die Klimakatastrophe uns vor große Herausforderungen auch bei der Mobilisierung stellt.

### Was tun?

Unser dritter Referent machte nochmals deutlich: Es braucht einen radikalen Bruch mit dem System von Ausbeutung und Unterdrückung. Das globale System des Kapitalismus kann nur auf weltweiter Ebene abgeschafft werden.

Das setzt voraus, dass die arbeitenden Klassen, die Ausgebeuteten und Unterdrückten, sich selbst organisieren. Dies erfordert ferner die Zusammenführung unserer Kämpfe und schließlich die Überwindung der Macht der Herrschenden durch unsere eigenen demokratischen, bedürfnisorientierten und ökologischen Entscheidungs- und Planungsprozesse.

Diese werden nicht von oben herab diktiert, sondern in demokratischen Räten auf der jeweiligen gesellschaftlichen Ebene bestimmt – lokal, regional, national, international. Demokratische Planung und Entscheidung sind jedoch nicht nur ein Fernziel unserer Strategie, sondern auch eine Methode, um schon heute Kämpfe zu initiieren, sie zu verbinden und in ihnen die Perspektive einer anderen, einer sozialistischen Welt zu entwickeln. ■



DGB-Demo in Mannheim, 1. Mai 2024.

Foto: Avanti?.

# Protest gegen AfD vor Mannheimer Gemeinderatssitzung

E. B.

Am 23. Juli 2024 fand eine Kundgebung gegen die AfD anlässlich der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Gemeinderats statt. Rund fünfzig Personen versammelten sich dazu vor dem Stadthaus. Aufgerufen hatte das Bündnis Mannheim gegen Rechts (MGR).

Bei den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 gewann die AfD drei Mandate hinzu und ist jetzt mit sieben Sitzen im Gemeinderat vertreten. Die aktuellen Mehrheitsverhältnisse ermöglichen den Räten des konservativen bis faschistischen Spektrums eine knappe Mehrheit bei Abstimmungen – mit der Stimme des CDU-Oberbürgermeisters.

Ein Vertreter von Mannheim gegen Rechts warnte vor informellen Absprachen und einer Zusammenarbeit mit der AfD.

Der Sprecher der VVN-BdA Mannheim erinnerte an die auch in Mannheim stattgefundenen Massenproteste für Demokratie und gegen Faschismus.

Ein Redner des Offenen Antifaschistischen Treffens forderte klare Kante gegen jede Form rechter Politik aber auch gegen unsoziale Sparkurse und Diskriminierungen.

Der Vertreter der ISO Rhein-Neckar rief dazu auf, gemeinsam gegen Faschismus zu kämpfen und eine solidarische Front zur Verteidigung unserer Grund- und Menschenrechte zu bilden.

AfD-Gemeinderäte beobachteten den Protest gegen ihre Partei

vom Balkon des Stadthauses. Das Bündnis Mannheim gegen Rechts seinerseits wird die weitere Entwicklung im Gemeinderat genau verfolgen. ■



Kundgebung gegen AfD in Mannheim, 23. Juli 2024.

Foto: KIM.

## ISO/IV. Internationale

### Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 01.09.2024, 11:30 Uhr, „Lieder gegen den Krieg“ mit ewo<sup>2</sup>, Haus d. Ev. Kirche, M 1, 1a, MA
- SO, 01.09.2024, 14:00 Uhr, Demo zum Antikriegstag, ab Schloß, MA
- MI, 04.09.2024, 19:00 Uhr, Antikriegstag-Veranstaltung „Für Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“, Haus der Jugend, C 2, 16-18, MA
- DO, 05.09.2024, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Der Neue Kalte Krieg in Ostasien“, Ver.di-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 7, LU
- SO, 15.09.2024, 11:00 Uhr, Lechleiter-Gedenken, Georg-Lechleiter-Platz, MA
- MO, 16.09.2024, 20:00 Uhr, Online-Veranstaltung der ISO zur Entwicklung der französischen NFP mit Genoss:innen der NPA
- DO, 19.09.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus, MA
- FR, 27.09.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema

#### Vorschau:

- SAM, 12.10.2024, 13:00 Uhr, Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus, MA



Impressum:  
ISO Rhein-Neckar  
VidP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim  
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)  
Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)  
Instagram: [www.instagram.com/isorheinneckar](https://www.instagram.com/isorheinneckar)

